Berlin. Die Dampferkommission nahm den Paragraph 1 nur mit der ostasiatischen Linie an und lehnte in der Schlußabstimmung das ganze Gesetz mit 14 gegen 7 Stimmen ab, da die Konservativen erklärten, nach solcher Verkürzung der Vorlage lieber gar keinen Beschluß an das Plenum gelangen zu lassen.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik,
Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Neuheiten in schwarzen u. farbigen Shlipsen u. Cravatten sowie Shlipsnadeln, Hosenträger, in rohem Gurt und Gummiband mit soliden und praktischen Ledergarnituren, Manschetten-, Kragen- u. Chemisettenknöpfen, Papierwäsche J. Bargou Söhne, Dresden, Wilsdrufferstrasse 21b, u. Sophienstrasse 6 am Postplatz.

Maskengarderobe-Magazin I. Ranges Math. Klemich, Seestraße 2, II., für Herren und Damen. Dominos in den brillantesten Abendfarben. Aufträge nach auswärts prompt, Preiscourant gratis.

N. SALM, GRAVIR- & PRÄGE-ANSTALT Special-Fabrik geprägt. & gummirt. Siegel-Packet-Verschluss & Schutzmarken PLAUEN b/Dr. KAITZERSTRASSE 17 Geschäfts-Local Dresden, Marienstrasse Nr. 8. Zur gefälligen Beachtung grosse Auswahl von Signir-Schablonen in Zink, Messing und Kupfer, sowie alle Gattungen Hand-Farbstempel u. Stempel-Apparate, hält sich zur Ausführung v. Gravir-Arbeiten jeder Art bestens empfohlen.

Billigste Bezugsquelle für Tapisserie-Arbeiten. Hartmann & Saam, Schloss-Strasse 17, gegenüber dem K. Schlosse.

Erste u. grösste Masken- u. Theatergarderobe, Max Jacobi, Dominos in vorzüglicher Auswahl für Herren und Damen 2 Galeriestr. 2, part. und erste Etage. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt.

Nr. 31. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Aussichten für den 31. Jan.: Zunehmende Bewölkung, keine oder geringe Niederschläge, Nachtfrost. | Dresden, 1885. **Sonnabend, 31. Jan.**

Für die Monate Februar und März

werden **Abonnements** auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, **Marienstraße Nr. 13**, zu 1 Mark 70 Pfg., für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im deutschen Reichsgebiet zu 1 Mark 84 Pfg., in der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie zu 1 Gulden 54 Kreuzer (excl. Agiozuschlag) angenommen.

Expedition der „Dresdner Nachrichten", Marienstr. 13.

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden

Das Gescheiteste, was die Elsaß-Lothringischen Abgeordneten im Reichstage thun konnten, war, daß sie ihren Antrag auf Aufhebung des Dictaturparagraphen zurückzogen. Abgelehnt wäre ihr Antrag doch worden. Denn die Annahme ihres Antrages wäre einer der stärksten politischen Fehler gewesen, hätte wie eine Kundgebung dafür ausgegeben, daß der Reichstag auf das Festhalten von Elsaß-Lothringen kein rechtes Gewicht mehr lege, würde die Stellung des kaiserlichen Statthalters in Straßburg schwer erschüttert, die Wühlereien französischer Agenten aber in den Reichslanden mächtig gefördert haben. Dazu kann sich kein deutscher Reichstag hergeben. Erreicht hatten die Elsässer Abgeordneten Alles, was sie überhaupt begehrten: sie haben ihre Klagen und Beschwerden laut und voll ertönen lassen. So grausam kann aber unmöglich die Behandlung der Reichslande sein, als man nach Worten, wie „Belagerungszustand" und „Dictaturparagraph" glauben möchte, wenn man die vorgebrachten Beschwerden näher ansieht. Die Hauptklage richtet sich immer gegen die Unterdrückung katholischer Hetzblätter, die Religion und Politik verquickten, um eine deutschfeindliche Gesinnung zu nähren. So haben die rohen Angriffe des Odilienblattes in Straßburg gegen den Protestantismus, namentlich die Schmähungen Luthers, großen Unmuth bei den evangelischen Elsässern erregt, so daß sie die Unterdrückung dieses Hetzblattes vollständig billigten. Hat doch einer der angesehensten Bürger von Straßburg, Herr Scheurer, welcher der Schwager des französischen Ministerpräsidenten Ferry ist, gerade die Maßregelung des Odilienblattes gutgeheißen, obwohl Herr Scheurer mit seinen Sympathien ganz auf französischer Seite steht! Es ist und bleibt wahr, daß es noch nie ein erobertes Land gegeben hat, dem der Eroberer in so kurzer Zeit eine so ausgedehnte Selbstverwaltung und Betheiligung am politischen Leben zugestanden hat, wie Elsaß-Lothringen. Es giebt aber Kreise, die diese Schonung nicht verstehen, sondern sie als Schwäche und Ermuthigung für ihre auf Wiederlosreißung gerichteten Pläne deuten. Zum Glück ist das Elsässer Volk seiner Natur nach ein ruhiges, gesetzliches und loyales Volk, es hat sich auch bisher durch Nichts verleiten lassen, von der Bahn der Gesetzlichkeit abzuweichen. An dem guten Willen der französischen Politiker hat Das freilich nicht gelegen. Der Abg. Gerbe: macht sich's leicht, indem er alle diese Aufreizungen als „Seifenblasen" hinstellte und that, als seien sie gar nicht gefährlich. In seiner Darstellung verwandelte sich die französische Partei in eine Gruppe „etlicher Hitzköpfe"; der Reichstagsabgeordnete Dollfuß habe in einer weinseligen Laune von einer „verfluchten Annexion" gesprochen; auch mit den französischen Phrasen des Abg. Antoine von Metz solle man es nicht so genau nehmen. Denn „eine französische Phrase sei doch nicht eine deutsche Wahrheit." Wie Das bestechend klingt! Die Sache hat auch ihre Richtigkeit, aber eine systematisch aufgehetzte Bevölkerung unterscheidet nicht so feinfühlig, was französische Phrase und was deutsche Wahrheit ist. Daß das Haupt der Franzosenpartei, der Metzer Thierarzt Antoine, keinen sehr „honnetten" Brief an den Statthalter v. Manteuffel geschrieben, mußte der Abg. Gerber selbst zugeben. Wozu die Entrüstung über die Verhaftung dieses Mannes, der schlau genug war, sich mit seinen landesverrätherischen Umtrieben nicht fassen zu lassen?

Von allen Beschwerden der Elsässer Abgeordneten verdient diejenige Beachtung, daß ihr Land unter deutscher Verwaltung zurückgehe und verarme. Das wäre, wenn begründet, ein schwerwiegender Vorwurf. Nur soll man es nicht Verarmung nennen, wenn z. B. in Metz der Werth von Grund und Boden zurückgegangen ist. Das ist nur die Folge einer Massen-Auswanderung französischer Familien, die ihre Häuser zu jedem Preise losschlagen und damit den Grundwerth allgemein herunterdrücken. Und wenn die Bauern im Elsaß über Rückgang ihres Wohlstandes klagen, so ist nicht die Annexion und die gegen früher schlechtere deutsche Verwaltung daran Schuld, sondern die allgemeine Nothlage der Landwirthschaft. Noch viel beweglichere Klagen als die deutschen Landwirthe erheben die französischen! Immerhin giebt die Thatsache zu ernstem Nachdenken Anlaß, daß seit 1877 ein Umschwung in der Gesinnung der elsaß-lothringischen Bevölkerung stattgefunden hat. Bis dahin fand eine Annäherung an Deutschland, eine wachsende Versöhnung mit der Thatsache der Zugehörigkeit zum Reiche statt; seit 1877, namentlich aber seit 79 ist eine wachsende Entfremdung eingetreten. Deutschland ist seitdem in seinen neuen Reichslanden geistig nicht vorwärts gekommen, es hat Rückschritte gemacht. Vielleicht eröffnet der Vorschlag des bayrischen Abg. v. Stauffenberg, die ganzen Verfassungsverhältnisse von Elsaß-Lothringen einmal einer gründlichen Durchsicht zu unterziehen, einen Ausweg zum Besseren. Nur das Eine mögen sich die Elsässer und Lothringer gesagt sein lassen: los von uns kommen sie nicht mehr! Deutschland hat ihre Lande nicht blos wegen der Sicherheit seiner eigenen Grenzen sich wieder einverleibt, sondern weil sie deutsch sind, weil sie in der Zeit der Zerrissenheit und Schwäche ihm geraubt worden sind. Deutschland hat 1871 nur den groben Fehler der Diplomaten des Wiener Kongresses von 1814 wieder gutgemacht, die Sachsen theilten, aber das deutsche Elsaß bei Frankreich ließen.

Auch Italien ist in die Reihe der Kolonialmächte eingetreten, aber in völlig verschiedener Weise wie die anderen Mächte Europas. Was Italien am Rothen Meere vornimmt und noch vorhat, ist keine legitime Einverleibung herrenloser Landstriche unter europäische Schutzherrschaft, ist nicht einmal ein Okkupationskrieg, wie ihn Frankreich in Tonkin und auf Madagascar führt, das ist ein ordinärer Raubzug auf Länder, die der Türkei von Europa garantirt sind. Italien hat ein stattliches Geschwader mit ansehnlicher Kriegsmacht nach dem Rothen Meere entsendet und mehrere Häfen, darunter das wichtige Massauah besetzt. Noch hüllen sich zwar die eigentlichen Pläne der italienischen Staatsmänner ins Dunkel und wenn der Minister Mancini im Parlamente von idealen Zielen deklamirt — Italien dürfe im Kampfe der Civilisation gegen die Barbarei nicht unthätig bleiben, es werde bei seiner Kolonialpolitik die Rechte Anderer achten u. dgl. — so kennt man den Werth solcher Redensarten. Wenn ein Staat eine auswärtige Aktion loslässt, darf man von den Anstrengungen seines Ministers im Parlamente alles Andere erwarten, nur nicht das aufrichtige Bekenntniß der Wahrheit, das Eingestehen der letzten Ziele. Vielmehr ist der einmal entflammten Leidenschaft der Italiener zu Abenteuern Alles zuzutrauen. England hat — darauf drängt Alles — nach langer Mühe endlich auf dem Kontinente einen unzufriedenen und kriegslustigen Staat gefunden, dessen es sich, seiner hergebrachten Politik zufolge, als Hebel zum Zerwürfniß der anderen kontinentalen Staaten bedienen kann. Die Einigkeit der Mächte Europas gewinnt sofort eine naturgemäße Spitze gegen England, das sie alle handelspolitisch ausbeutet — das wissen die Engländer selbst am besten; darum müssen sie stets diese Eintracht stören, um jederzeit den Frieden Europas bedrohen zu können. In dieser Lage ist jetzt unser Welttheil. Welchen Judaslohn England den Italienern für ihre abenteuerliche Politik zugesichert hat: ob Entschädigungen am Rothen Meere, am Mittelmeere (Eroberung von Tripolis) oder in Europa (Wälschtirol und Triest)? das ist natürlich das ausschließliche Geheimniß der Minister Gladstone und Mancini. Daß aber Italien, die jüngste und schwächste der Großmächte, mit seinen fragwürdigen Finanzen und kleinen Flotte das ganze außer-englische Europa nicht herausfordert, ohne englische Rückendeckung und englische Versprechungen künftiger Entschädigung, das leuchtet ohne Weiteres ein. England hat zwar stets seine Bundesgenossen, nachdem sie für es die Kastanien aus dem Feuer geholt, mit abscheulichem Undank belohnt und Italien würde gegebenenfalls Dasselbe erleben — aber der tollkühne Wagemuth der Italiener, genährt von dem wiedererstarkenden revolutionären Geiste der Irridenta, fragt zunächst nicht darnach. Die Kabinette der Großmächte bemühen sich seit Jahren, die orientalische Frage nicht aufrollen zu lassen, damit nicht ein Weltbrand entstehe; diese orientalische Frage war auf dem besten Wege, durch das europäische Concert allmälig und friedlich abgewickelt zu werden. Italien aber, geblendet von englischen Versprechungen, greift mit frevelnder Hand leichtfertig in die Entwickelung der Dinge in Egypten ein. Frankreich hat seine Flagge aus dem Nillande zurückgezogen — Italien entfaltet sie jetzt dort. Das führt zu unberechenbaren Verwickelungen. Bereits hat die Pforte erklärt, die Verletzung ihrer Rechte auf die Küstenländer des Rothen Meeres nicht hinnehmen zu wollen. Wie sich auch die Dinge in Egypten entwickeln — auf Italiens Haupt werden die Folgen der muthwilligen Kriegsabenteuerlust allemal zurückschlagen. Die Logik der Weltzustände treibt die europäischen Festlandmächte zur Befestigung ihrer guten wechselseitigen Beziehungen, wodurch jeder einzelnen der Aufschwung ihrer eigenen volkswirthschaftlichen Interessen gesichert wird. Indem Italien, vom Länderhunger und dem revolutionären Geiste getrieben und sich zum Helfershelfer des englischen brutalen Egoismus erniedrigend, sich von jenem Concerte der Civilisation lossagt und an das Schwert appellirt, wird es auch die Consequenzen dieses frivolen Unterfangens zu tragen haben.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 30. Jan.

Berlin. Reichstag. Abg. v. Hammerstein begründet die von ihm eingebrachte Interpellation: „Haben die verbündeten Regierungen von dem Bruch der „deutschen Grundkreditbank" in Gotha und von dem seitens der Generalversammlung dieser Aktiengesellschaft unter dem 28. Nov. 1884 beschlossenen Sanirungsplan Kenntniß? Was gedenken die verbündeten Regierungen zu thun, um a) gegenüber einem von der Verwaltung der deutschen Grundkreditbank bei der herzoglich sächsischen Regierung zu Gotha beantragten sogenannten Kuratorengesetz das Interesse der Pfandbriefbesitzer zu schützen? b) Die Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse, wie sie jetzt bei der „deutschen Grundkreditbank" in Gotha zu Tage getreten sind, in Zukunft möglichst zu verhüten? Staatssekretär Schelling erklärte, daß ein unmittelbares Eingreifen seitens des Reiches unmöglich sei, da das Hypotheken-Bankwesen nicht reichsgesetzlich geordnet, also auch nicht der Reichsaufsicht unterstehe. Die herzogl. sächs. Landesregierung sei vorliegenden Falles allein zuständig. Bei der jetzigen Lage der Geschäfte des Reichstages könne er ein Gesetz über Regelung der Materie nicht in baldige Aussicht stellen. Der Gothaische Bundesbevollmächtigte wies den Vorwurf des Interpellanten, daß die gothaische Regierung mitschuldig sei, zurück. Dann wurde der Gesetzentwurf, betreffend die Arbeiterunfall- und Krankenversicherung, berathen. Staatssekretär v. Bötticher konstatirte, daß das Unfallversicherungs-Gesetz am 1. Okt. in vollem Umfange in Kraft treten könne. Die Berufsgenossenschaften hätten sich vollständig bewährt, man könne dem Inkrafttreten mit vollem Vertrauen entgegensehen. Abg. Gebhardt (nationalliberal) befürwortet die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die nautischen Betriebe. Staatssekretär v. Bötticher kündigt eine besondere Vorlage über diesen Gegenstand an. Abg. Schrader erklärt den Ausführungen des Staatssekretärs über den Stand der Unfallversicherung mißtrauisch gegenüber zu stehen. Die gegenwärtige Vorlage schließe wiederum sämmtliche Staats- und Kommunalbeamte von dem Gesetze aus. Staatssekretär v. Bötticher entgegnet, daß die Unfallversicherung der Beamten am besten auf dem Wege der Dienstpragmatik herbeigeführt werde. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen. Es folgt die erste Berathung der Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirthschaftlichen Arbeiter. Abg. Szczaniecki (Pole) befürwortet die Vorlage. Abg. v. Ow (Reichspartei) hat mancherlei Bedenken gegen die Vorlage, deren Verweisung an eine Kommission er verlangt. Abg. Wendt hat gleichfalls Bedenken und ist ebenfalls für Verweisung an die Kommission. Abg. Buhl hofft, daß die Kommission ein brauchbares Gesetz zu Stande bringen werde. Die Weiterberathung folgt morgen, desgleichen die Berathung des Hamburger Belagerungszustandes.

Berlin. Das Abgeordnetehaus nahm den Kommunalsteuer-Nothgesetzentwurf definitiv unverändert an. Dann wurde die Etatsberathung fortgesetzt. Ein Antrag des Abg. v. Eynern auf gerechtere Vertheilung der Kosten der Lokalpolizei wurde der Gemeindekommission überwiesen.

Berlin. Der Bundesrath erhielt vorgestern einen in einer Stadt der Schweiz aufgegebenen Brief, der ihn von dem demnächstigen Indieluftsprengen des Bundespalastes benachrichtigt. Umfassende Maßregeln sind getroffen worden.

Wien. Der heutigen Sitzung im Abgeordnetenhause waren sämmtliche Berichterstatter ohne Parteiunterschied fern geblieben. Die Ursache war die gestrige beleidigende Aeußerung Schönerer's über die Presse, welche der Präsident ungerügt ließ. Der Präsident ertheilte heute dem Abg. Schönerer eine Rüge, doch wollen die Journalisten weiter streiken, weil ihnen der Eintritt in die Couloirs verweigert worden ist.

Paris. In Shanghai ist das Gerücht von einem bei Matsu zwischen chinesischen und französischen Schiffen stattgehabten ernsten Zusammentreffen verbreitet. Genauere Details fehlen noch.

Petersburg. Der „Neuzeit" zu Folge habe das Ministerium eine Volks-Aufklärung für angezeigt erachtet, den katholischen Geistlichen, welche Religionsunterricht in den Lehranstalten des Nordwest- und Südwest-Gouvernements in russischer Sprache ertheilen, gleiche Dienstrechte mit den übrigen Lehrern dieser Anstalten zu erwirken. Das Gesetzblatt veröffentlicht die kaiserlich sanktionirten Beschlüsse des Reichsrathes: 1) die Mittel zum Unterhalt der Geistlichkeit für die in der Rigaer Parochie neuzubegründenden orthodoxen Kirchen zu bewilligen, 2) die durch die Handelsfirma Gagarine zu bewerkstelligende Eröffnung der Dampfschiffahrt Odessa-Sistevo bis Ende 1885 zu stunden.

Washington. Senat. Bei der Abstimmung über den Vertrag mit Nicaragua wegen Erbauung eines Panama-Kanals als Konkurrenzunternehmen des v. Lesseps'schen Kanals stimmten 32 Senatoren für, 23 gegen die Ratifikation desselben. Die Ratifikation ist daher abgelehnt, da zur Annahme eine Majorität von ⅔ der abgegebenen Stimmen erforderlich ist.

Frankfurt a. M., 30. Januar. Credit 258⅞, Staatsbahn 232. Lombarden 119¼. 60er Loose —. Oesterr. Silberrente —. Papierrente —. Galizier 220. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 81¼. 77er Russen —. 80er Russen —. 2. Orientanleihe —. Neueste Ungar. Goldanl. —. 3. Orientanleihe —. Ungar. Papierr. —. Disconto 203,83. Egypter 68⅜. Gotth.-B. —. Serben —. Fest.

Wien, 30. Januar. Credit 304,50. Staatsbahn 304,70. Lombarden 145,60. Nordwestb. 173,0. Markneten 60,37. Ung. Credit 314,00. Elbethal —. Abgeschwächt.

Paris, 30. Januar. Schluß. Rente 79,90. Anleihe 109,97. Italiener 97,67. Staatsbahn 625,00. Lombarden 312,50. do. Prioritäten —. Egypter 342,00. Oest. Goldrente —. Spanier 60,68. Ottomanen 597,00. Tabak-Actien —. Fest.

London, 30. Januar, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 99[illegible]. 1873er Russen 96¾. Italiener 96¾. Lombarden 12⅜. Türken 8. 4% fund. Amerik. 124¾. 4% Ungar. Goldrente 78⅞. Oesterr. Goldrente 87. Preußische Consols 101½. Egypter 67½. Ottomanbank 15[illegible]. Suez-Actien 73⅝. — Stimmung: Fest. — Wetter: Mild.

Stettin, 30. Januar, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert, loco 152–162, pr. April-Mai 166,00, pr. Mai-Juni 168,50. Roggen unverändert, loco 131–136, pr. April-Mai 143,00, pr. Mai-Juni 143,50. Rüböl unverändert, 100 Kg. pr. Januar 50,20, pr. April-Mai 51,50. Spiritus behauptet, loco 42,20, pr. April-Mai 43,90, Juni-Juli 45,20. Petroleum loco 8,15.

Breslau, 30. Januar, Nachm. (Getreidemarkt.) Spiritus pr. 100 Liter 10 Proc. pr. April-Mai 43,80, pr. Juni-Juli 44,80, pr. Juli-August 45,30. Weizen pr. Januar 162,00. Roggen pr. April-Mai 140,00, pr. Mai-Juni 142,00, pr. Juni-Juli 143,00. Rüböl pr. Januar 52,50, pr. April-Mai 52,00, pr. Mai-Juni 52,50. Zink ruhig. — Wetter: Warm.

London, 30. Januar. Weizen ruhig, 1 Sh. billiger, Käufer zurückhaltend, angekommener träger. Mehl, amerikanischer Mais ¼ Sh., Hafer, Mahlgerste ¼ Sh. niedriger, Malzgerste stetig. — Wetter: Regen.

Lokales und Sächsisches.

— Oeconom Theodor Halle in Leipzig erhielt das Ritterkreuz 2. Classe des Albrechtsordens.

— Zu dem bevorstehenden Geburtstage Sr. Maj. des Kaisers erläßt ein Comité in Berlin, an dessen Spitze der General der Infanterie Frhr. von Wrangel steht, Aufforderungen zu Zeichnungen auf eine Denkschrift zum 88. Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers. Diese Denkschrift wurde von höheren Offizieren bearbeitet, von Sr. Majestät wiederholt revidirt und enthält eine authentische militärische Biographie Sr. Majestät mit einem vorzüglichen photographischen Porträt desselben. Die Aufforderung bezweckt, möglichst viele Soldaten der Armee, ehemalige Soldaten, Vereine, Schüler ꝛc. durch Zeichnungen aus privaten Kreisen in den Besitz dieser werthvollen Denkschrift, deren Preis incl. der Photographie nur 80 Pfennige beträgt, zu setzen, damit jeder aktive, ehemalige und zukünftige Soldat authentische Kenntniß davon erhält, was Kaiser Wilhelm als Monarch, Feldherr und Soldat leistete und dadurch zu eigener, treuer Pflichterfüllung in seiner Berufssphäre angespornt wird. Nachdem Se. Majestät der Kaiser die Idee dieser Aufforderung gebilligt, wurde es ermöglicht, bisher 285,000 Exemplare der Denkschrift in der Armee und im Volke, in den Schulen, in den Fabriken, unter der Landbevölkerung ꝛc. zu verbreiten. In diesem Jahre werden zu Kaisers Geburtstag wiederum Zeichnungen auf die Denkschrift angenommen. Prospekte und Zeichnerlisten für Personen, die selbst zeichnen oder in Bekanntenkreisen sich für die Cirkulation dieser Listen interessiren wollen, sind direkt franko und gratis zu erhalten von Herrn G. v. Glasenapp in Potsdam.

— Aus der vorgestrigen öffentlichen Stadtverordnetensitzung unter Vorsitz des Herrn Vicevorstehers Osw. Matthäi. Zum ersten Male seit jenem denkwürdigen Abend im Sommer vorigen Jahres, an welchem Herr Oberbürgermeister Dr. Stübel in gerechter Entrüstung den Saal der Gemeindevertreter verließ, weil der Ton, den ein Theil des Kollegiums dem Rath gegenüber fast unablässig anschlug, unerträglich geworden war, erschien diesmal das Oberhaupt der Gemeindeverwaltung wieder am Rathstisch und griff wie früher zur Begründung von Rathsvorlagen in die Verhandlungen ein. — Diese Verhandlungen fließen aber auch seit Anfang des Jahres in weit ruhigerer Weise dahin als früher und es ist vor der Hand nicht mehr zu fürchten, daß die Interessen, die durch die gemeinsame Thätigkeit der beiden Kollegien gefördert werden sollen, durch unablässig gestreuten Samen der Zwietracht in Frage gestellt werden! Aus der zur Erledigung gebrachten Tagesordnung sind nur wenige Punkte zu erwähnen, da die übrigen allgemeines Interesse nicht in Anspruch nehmen würden. Man tritt dem Rathe bei, daß zur Deckung eines aus den Voranschlägen der Annen- und Jakobiparochie, ferner der Friedrichstädter Parochie, Parochie St. Petri und Parochie St. Pauli für das Jahr 1885 sich ergebenden Fehlbedarfs eine Kirchenanlage von 4½ Pfg. für 100 Mk. Grundwerth und 1⅓ bez. ¾ und ⁷⁄₁₀ Pfennig von 1 Mk. Mieth- und Pachtzins der Parochianen erhoben werde. Auch wird dem Rath Genehmigung ertheilt zur Erhebung des 1. Termines der Gemeindeanlagen am 23. Febr. mit 9 Pfg. von 100 Mk. Grundwerth und 3 Pfg. bez. ⅓, ⅗ und ⁷⁄₁₀ Pfg. von 1 Mk. Miethzins. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete der Finanzausschußbericht über den diesjährigen Etat für das Schulwesen. Der Ausschuß hat an der bedeutenden Vorlage, bei der es sich um die Verausgabung von über einer Million Mark

SLUB Wir führen Wissen.